

Positionspapier der Bundes-SGK

Handlungsfähige Kommunen sichern die Zukunft

Die Kommunen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und erfüllen eine Vielzahl von Aufgaben, die unmittelbar das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. In den Kommunen erleben die Menschen tagtäglich vor Ort und ganz unmittelbar, ob unser demokratisch organisierter Staat funktioniert oder nicht. Strukturelle Probleme und finanzielle wie personelle Engpässe werden in den Städten und Gemeinden für die Menschen plastisch und spürbar – sie führen auch zu einer gefährlichen Demokratieverdrossenheit, wenn der Eindruck entsteht, „dass es nicht mehr läuft“.

Deshalb müssen wir deutlich machen, dass funktionierende Städte und Gemeinden mit gleichwertigen Lebensbedingungen, die sozialdemokratische Leitprinzipien erfüllen können, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen brauchen. Ein moderner Staat, der überflüssige Bürokratie abbaut und dort für eine auskömmliche Finanzausstattung sorgt, wo die Aufgaben erfüllt werden müssen, ist ein wesentlicher Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

I. Vier Leitlinien sozialdemokratischer Politik für die Kommunen:

1. Soziale Stadtentwicklung und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen

Wie wollen wir leben? Wir wollen eine soziale Stadt mit einem integrationsfähigen Gemeinwesen und sozialem Respekt voreinander. Die Sozialdemokratie steht für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der Ressentiments und Hass keinen Platz haben.

Der Fach- und Arbeitskräftebedarf ist in Deutschland quer durch alle Bereiche spürbar. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz – eines der modernsten der Welt – ist eine Antwort darauf. Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, müssen schnell einen Zugang zu Wohnraum, Integrations- und Sprachkursen sowie die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme erhalten.

Gleichzeitig gilt, dass die derzeit hohe Zahl an Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen (wie Krieg, Vertreibung, Klimawandel, wirtschaftliche Not) nach Deutschland kommen, uns vor enorme Herausforderungen stellt. Diese kann auch unser Land nicht unbegrenzt und dauerhaft bewältigen. Uns ist auch klar, dass eine drohende Überforderung der Integrationskraft unserer Gesellschaft dazu führen kann, dass Weltoffenheit und Toleranz ins Gegenteil umschlagen. Aus diesem Grund sind wir gefordert, schnell und konsequent zu handeln. Dazu zählt auch eine Steuerung der irregulären Migration. Insbesondere die Kommunen, die den Anspruch haben, Geflüchtete angemessen aufzunehmen und vor allem gut integrieren zu können, müssen handlungsfähig bleiben.

In unseren Städten, Quartieren, Ortschaften und Dörfern muss Wohnen bezahlbar sein, deshalb werden wir weiter den Sozialen Wohnungsbau forcieren und den Mieterschutz verbessern.

Wir wollen in Sicherheit leben. Deshalb brauchen wir gute und funktionsfähige Feuerwehren, Sicherheits- und Ordnungskräfte und einen gut aufgestellten Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Im Schutz vor dem Klimawandel fördern wir die notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen.

Wir sind für die Stärkung der städtischen Quartiere und ländlichen Regionen mit Strukturschwächen und sozialen Problemen. Wir streben gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen an. Chancen des Aufstiegs und der Teilhabe in unserer Gesellschaft sollen unabhängig vom Wohnort und der Herkunft gegeben sein.

2. Soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge sichern

Wir wollen, dass die Patientenversorgung verbessert und in allen Regionen sichergestellt ist. Dazu brauchen wir eine Verbesserung der Krankenhausstrukturen und ihrer Finanzierung.

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt drastisch. Deshalb muss die unter Druck geratene Pflegeinfrastruktur sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich gesichert und bezahlbar gehalten werden.

Wir setzen die UN-Behindertenrechtskonvention um. In einer inklusiven Gesellschaft müssen Barrieren reduziert werden.

Für Chancengerechtigkeit müssen die Bildungsangebote bereits im KiTa-Bereich verbessert und weiter ausgebaut werden. Wir wollen in Schule und KiTa den Ganztag. Wir müssen Schulabbrecherquoten senken und die Rahmenbedingungen für Auszubildende verbessern.

Für das kommunale Leben sind vielfältige Kultur- und Sportangebote unabdingbar. Kommunen müssen dazu in der Lage sein, Kultur und Sport gleichermaßen zu fördern und zu unterstützen. Eine lebendige Gesellschaft braucht das bürgerschaftliche Engagement in Städten, Stadtteilen und Dörfern.

3. Den Strukturwandel in eine digitale und klimaneutrale Gesellschaft gestalten

Wir wollen unsere Kommunen als Wirtschaftsstandorte sichern und stärken. In den Kommunen müssen sich die Betriebe den Anforderungen des Strukturwandels und veränderten Wettbewerbsbedingungen stellen. Sie müssen Innovationen umsetzen. Dabei werden wir sie unterstützen.

Wir wollen Smart Cities und Regionen gestalten, um die Anforderungen der Digitalisierung in der Gesellschaft, aber auch in den Kommunen selbst weiter voranzubringen.

Der Umbau unserer Städte und Gemeinden zur Klimaneutralität und die dafür notwendige Vermeidung von CO₂-Emissionen muss in den nächsten 20 Jahren erfolgen. Hierfür braucht es geeignete Strategien für eine klimaneutrale Strom- und Wärmeversorgung.

Wir werden hierzu den Ausbau von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien weiter vorantreiben. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die kommunale Wärmeplanung.

Wir brauchen Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähige Strompreise, eine funktionierende Infrastruktur und nicht zuletzt gute Arbeitskräfte.

4. Mobilitätswende umsetzen

Wir wollen eine Mobilitätsgarantie einführen. Der Öffentliche Personennahverkehr soll so ausgebaut und modernisiert werden, dass alle angebunden sind. Dieser Ausbau lässt sich in Regionen und zu Zeiten mit schwacher Verkehrsnachfrage wirtschaftlich tragfähig und ökologisch sinnvoll nur mit flexiblen und nachfragegesteuerten On-Demand-Angeboten, Kleinbussen, Anruf-Sammel-Taxis etc. realisieren. Deshalb muss der Ausbau- und Modernisierungspakt des ÖPNV umgesetzt werden. Auf diese Weise kann der Anteil des ÖPNV an allen Verkehrsträgern deutlich erhöht werden.

Das Deutschland-Ticket muss beibehalten und seine Refinanzierung gesichert werden. Wir wollen eine neue Planungs- und Finanzierungssicherheit im Verkehrsbereich mit einem Neustart in der Infrastrukturfinanzierung und der Einrichtung eines Verkehrsinfrastrukturfonds schaffen.

Um die Antriebswende voranzutreiben gilt es, die Infrastruktur für die Elektromobilität in Städten und Gemeinden weiter auszubauen und zu verbessern. Dabei müssen einheitliche Lade- und Abrechnungssysteme entwickelt und umgesetzt werden.

II. Kommunalfinanzen strukturell sichern

Um den enormen Bedarfen und Herausforderungen gerecht werden zu können, ist eine fundamentale Verbesserung der Finanzierungsstrukturen zugunsten der Kommunen notwendig. Es braucht einen Befreiungsschlag, der langfristig trägt und nicht zum Gegenstand jährlich wiederkehrender und müßiger Verhandlungen wird.

1. Gemeinsame Verantwortung aller Ebenen für die Finanzierung sozialer Aufgaben

In vielen Bereichen steigen die Ausgaben für soziale Aufgaben auf kommunaler Ebene erheblich an. Hier bedarf es der Überprüfung der Standards und eines gemeinsamen Einverständnisses von Bund und Ländern, dass sie sich zu einer solidarischen gemeinschaftlichen Finanzierung erklären. Dieses betrifft z.B. die Kosten der Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe, der Hilfe zur Pflege, der Integration und Unterbringung von Geflüchteten. Wir wollen einen starken Sozialstaat, der denjenigen hilft, die Unterstützung brauchen.

2. Konnexität auch bezüglich bundesgesetzlicher Regelungen

Eine echte Konnexität ist notwendig, die kostenintensive Standardanpassungen sowie Erweiterungen bestehender Aufgaben umfasst.

3. Verbesserung der Einnahmen zur Grundfinanzierung der Kommunen

Es braucht eine grundsätzliche und systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen jenseits von Förderprogrammen. Deshalb fordern wir eine Anpassung der Gewerbesteuerumlage und der Umsatzsteueranteile zugunsten der Städte und Gemeinden.

4. Altschuldenlösung

Es gibt viele Kommunen mit hohen Altschulden, die sich nicht mehr aus eigener Kraft aus dieser Situation befreien können. Ihnen fehlt die Finanzkraft für dringend notwendige Investitionen. Für sie braucht es unter finanzieller Beteiligung des Bundes gemeinsam mit den Ländern endlich eine Altschuldenregelung.

5. Konsolidierung von Förderprogrammen

Die derzeitigen Förderprogramme gehen vor Ort mit einem hohen bürokratischen Aufwand einher und zwingen Städte und Gemeinden häufig zu einer Veränderung in der ursprünglichen Priorisierung ihrer Investitionsprojekte. Es werden nicht die wichtigsten Projekte realisiert, sondern die, mit der besten Förderkulisse. Zielführender wären offenere statt spezifische Förderprogramme und eine maximale Entbürokratisierung der Verfahren.

6. Schaffung von Infrastrukturfonds für Zukunftsinvestitionen

Auch viele kommunale Unternehmen und Stadtwerke stehen unter finanziellem Druck. In den nächsten Jahren müssen Milliarden in die Energie- und Wärmewende sowie den Ausbau des ÖPNV investiert werden. Schon heute reichen aber in vielen Städten die Gewinne der Energiesparte nicht mehr, um die Defizite der Verkehrsbetriebe auszugleichen. Es braucht deshalb dringend eine verlässliche Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge. Stadtwerke benötigen vor allem zusätzliches Eigenkapital, um auch Fremdkapital und Fördermittel aufnehmen zu können. Eine zusätzliche Versorgung mit Eigenkapital kann bisher wirtschaftlich nur durch die kommunalen Gesellschafter erfolgen. Dies wird in Zukunft nicht mehr ausreichen. Deshalb wird es erforderlich sein, staatlich initiierte „Infrastrukturfonds“ seitens der Länder aufzubauen.

**Beschluss des Vorstandes der Bundes-SGK
vom 6. Dezember 2024**